

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat nun auch den deutschen Arbeitsmarkt erfasst

Ende des Job-Booms

Bundesagentur rüstet sich für schwierige Zeiten auf dem Arbeitsmarkt

Das drohende Ende des Job-Booms in Deutschland hat den Streit um zusätzliche Arbeitsmarkt-Anreize verschärft. Während die schwarz-rote Bundesregierung den Stellenmarkt dank ihres Maßnahmenpakets für „raueres Wetter“ gerüstet sieht, sprachen sich die Oppositionsparteien am Donnerstag in Berlin für weitere Impulse aus.

„Der Schutzschirm gegen Arbeitslosigkeit hat Llöcher“, kritisierte die Bundestagsfraktion der Grünen und forderte ein Förderprogramm für Bildung, Weiterqualifizierung und öffentliche Beschäftigung im großen Stil. Die FDP sprach sich für Steuer- und Abgabensenkungen aus.

Im November war die Zahl der Arbeitslosen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) um 8 000 auf 2 988 000 gesunken. Die Zahl der Erwerbslosen sank damit auf den niedrigsten Wert seit 16 Jahren. Ein Jahr zuvor waren noch 390 000 Menschen mehr arbeitslos gewesen. Die Arbeitslosenquote nahm um 0,1 Punkte auf 7,1 Prozent ab. Im Vorjahr hatte diese Quote noch bei 8,1 Prozent gelegen. Die Bundesagentur räumte ein, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise trotz der noch aktuell guten Zahlen inzwischen auch den Arbeitsmarkt erreicht hat.

Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften sinke

„Es mehren sich die Anzeichen, dass der wirtschaftliche Abschwung auf dem Arbeitsmarkt ankommt“, sagte BA-Vorstandschef Frank-Jürgen Weise. So gebe es viele Firmenanfragen zum Kurzarbeitergeld. Zahlreiche Unternehmen hätten angekündigt, dass sie Mitarbeiter entlassen müssten. Auch die Nachfrage nach Arbeitskräften sinke. Allein im November hätten Unternehmen für bundesweit 57 000 Beschäftigte Kurzarbeit angekündigt – das seien rund 30 000 mehr als im



Im November war die Zahl der Arbeitslosen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) um 8 000 auf 2 988 000 gesunken. (FOTO: AFP)

Vormonat und 42 000 mehr als vor einem Jahr, berichtete BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt.

Dennoch erwarten beide BA-Manager einen geringeren Anstieg der Erwerbslosigkeit als in früheren Wirtschaftskrisen. Viele Unternehmen hätten in den Vorjahren stark rationalisiert. Dadurch könnten Firmen heute einen Auftragsverlust von bis zu 15 Prozent verkraften, ohne sich von der Kernbelegschaft trennen zu müssen. „Auch die örtlichen Arbeitsagenturen und Jobcenter sind inzwischen besser aufgestellt“, gab Weise zu bedenken. Vermittler hätten heute weniger Jobsucher als früher zu betreuen. „Die Betreuung ist außerdem fachkundiger und intensiver“, fügte er hinzu.

Für Irritation sorgte die Bundesagentur unterdessen mit ihren aktuellen Angaben zur Zahl der offenen Stellen. Während sie noch

im Oktober von mehr als einer Million freien Stellen ausgegangen war, spricht sie in der neuesten Statistik nur noch von 539 000 freien Stellen. Der Grund sei, dass die im Internet angebotenen Arbeitsplätze erstmals im November nicht mehr mitgezählt würden. Es habe sich gezeigt, dass das Online-Stellenangebot zumindest zum Teil mit dem Stellenangebot der Arbeitsagenturen identisch sei. Dies habe zu Doppelzählungen geführt.

Der überraschend starke Herbstaufschwung dürfte nach BA-Angaben für eine unerwartet gute Finanzlage der Nürnberger Bundesbehörde in diesem Jahr sorgen. Anders als zunächst angenommen rechne der Vorstand inzwischen mit einem Jahresüberschuss von rund 700 Millionen Euro, sagte Weise. Noch einen Monat zuvor hatte der BA-Vor-

stand mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.

Von der guten Arbeitsmarktentwicklung profitierte auch die Zahl der Erwerbstätigen – dem statistischen Spiegelbild der Arbeitslosenzahlen. So stieg ihre Zahl zuletzt (im Oktober) um 188 000 auf 40,91 Millionen.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kletterte erstmals seit vielen Jahren auf 28,00 Millionen.

Wegen der Wirtschaftskrise werden nach Einschätzung von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) viele Menschen in Deutschland ihren Job verlieren oder keinen neuen finden. Die Regierung habe daher die Auszahlung des Kurzarbeitergeldes auf 18 Monate verlängert, für mehr Möglichkeiten zur Weiterbildung gesorgt und die Zahl der Vermittler aufgestockt. (dpa)

Panasonic senkt Gewinnprognose

Tokio. Der weltgrößte Heim-elektronik-Konzern Panasonic hat seine Gewinnprognose für das laufende Geschäftsjahr um 90 Prozent zusammengestrichen. Gründe seien der starke Yen und ein Rückgang der Verbraucher-Ausgaben, teilte das japanische Unternehmen mit. Panasonic rechnet nun für das noch bis Ende März 2009 laufende Geschäftsjahr mit einem Gewinn von 30 Milliarden Yen (244 Millionen Euro). Im vergangenen Jahr hatte Panasonic 281,9 Milliarden Yen verdient. Noch im Oktober hatte der Konzern die bisherige Prognose bekräftigt. Beim Umsatz erwartet Panasonic einen Rückgang von 7,6 Prozent auf 8,5 Billionen Yen. Unterdessen sind die Pläne von Panasonic, den ebenfalls japanischen Konkurrenten Sanyo zu übernehmen, laut einem Zeitungsbericht ins Stocken geraten. Der Sanyo-Großaktionär Goldman Sachs habe die Gespräche mit Panasonic über einen Verkauf seines Anteils von 41,7 Prozent abgebrochen, berichtete das „Wall Street Journal“ am Donnerstag unter Berufung auf informierte Personen. Die US-Investmentbank sei mit dem von Panasonic gebotenen Preis von 120 Yen pro Aktie unzufrieden, hieß es. Das Angebot liegt noch unter dem aktuellen Börsenkurs von 150 Yen. (dpa)

Belgique: l'inflation chute à 3,14 %

Bruxelles. L'inflation a fortement ralenti en Belgique en novembre, à 3,14 % sur un an, principalement sous l'effet de la chute des prix des produits pétroliers, quatre mois après avoir atteint un pic historique en juillet, a annoncé jeudi le ministère belge de l'Economie. «L'inflation glisse de 4,72 % en octobre à 3,14 % en novembre et retombe ainsi à son niveau de fin 2007», relève le ministère dans un communiqué. «Il faut remonter au début des années cinquante pour trouver trace d'une aussi forte baisse de l'inflation en un mois», souligne le ministère belge, qui rappelle qu'avec un taux de 4,91 %, l'inflation avait atteint en juillet 2008 son plus haut niveau depuis 24 ans. Le repli de novembre est à imputer à la forte diminution du prix de l'essence (-11 %), du gazole (-9 %), du GPL (-19 %) et du mazout (-13 %), selon le communiqué. (AFP)

Fujitsu Siemens streicht 700 Stellen

München. Der Computerbauer Fujitsu Siemens beginnt kurz nach dem Komplettverkauf an den japanischen Elektronikkonzern Fujitsu mit dem Stellenabbau in Deutschland. 700 der insgesamt 6 000 Stellen in Deutschland werden gestrichen, teilte Fujitsu Siemens in München mit. Die Mitarbeiter in der Produktion – in Augsburg sind es 500, im thüringischen Sömmerda 100 – seien von dem Abbau allerdings ausgenommen, ergänzte eine Sprecherin. Als Hauptgrund für die Streichungen nannte sie den Preiskampf bei Computern und den anhaltenden Verlust von Marktanteilen an Wettbewerber im Privatkundengeschäft. (dpa)

Attraktives Gestaltungsinstrument für Investitionen

Die Gewinnverwendung der SPF im Rahmen ihrer Steuerprivilegien

VON SABINE EBERT*

Mit Gesetz vom 11. Mai 2007 wurde in Luxemburg die „Société de la gestion du patrimoine familial“ (SPF) ins Leben gerufen, die sich insbesondere für private Vermögensverwaltungsgesellschaften im Familienbesitz eignet. Dieses Beteiligungsvehikel ist von den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (Körperschafts- und Gewerbesteuer) sowie von der Vermögenssteuer befreit und unterliegt einzig der sogenannten „taxe d'abonnement“, einer vier Mal im Jahr wiederkehrenden Steuer. Es kann Gewinne damit weitestgehend steuerfrei einnehmen und ist insofern ein attraktives Gestaltungsinstrument für Investitionen.

Es ist allerdings darauf zu achten, bei der Verwendung der auf der Ebene der SPF steuerfrei einge-

nommenen Gewinne nicht den Erhalt der Steuerprivilegien der SPF zu gefährden.

Gibt die SPF etwa die eingenommenen Gelder aus, um Wirtschaftsgüter anzuschaffen, oder wendet sie die Gelder für Betriebsausgaben aus, so darf dies nur dem ausschließlichen Gesellschaftszweck einer SPF dienen, Finanzanlagen im Sinne des Gesetzes vom 5. August 2005 zu erwerben, zu halten, zu verwalten und zu veräußern. Weiter darf eine SPF Bankguthaben unterhalten und Kassenbestände haben (Aktivseite der Bilanz). Einer SPF ist jegliche Handelstätigkeit verboten. Dies bedeutet, dass eine SPF zum Beispiel bereits keine verzinslichen Darlehen gewähren darf.

Bei den Ausgaben spielt es zwar keine Rolle, ob die Betriebsausgaben steuerlich abzugsfähig sind

oder nicht, oder ob bei Geschäften mit Gesellschaftern oder diesen nahe stehenden Personen möglicherweise verdeckt Gewinne ausgeschüttet werden, da die SPF von der Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit ist und damit kein zu versteuerndes Einkommen zu korrigieren sein kann. Mögliche verdeckte Gewinnausschüttungen können allerdings auf Seiten des Empfängers steuerliche Folgen auslösen.

Die sich an die steuerfreie Einnahme von Gewinnen durch eine SPF anschließende Ausgabe kann sich nur selten auf die „taxe d'abonnement“ auswirken. Die steuerliche Bemessungsgrundlage der „taxe d'abonnement“, sofern in diese die Verbindlichkeiten der SPF einbezogen werden, stellen nur diejenigen Verbindlichkeiten der SPF dar, die jeweils am 1. Januar eines Jahres bestanden.

Weiterhin hat nach dem Gesetz über die SPF in Verbindung mit dem Gesetz vom 23. Dezember 2005 und in Verbindung mit dem Gesetz vom 21. Juli 2005, welches die EU-Zinsrichtlinie vom 3. Juni 2003 umsetzt, eine SPF auf von ihr ausgezahlte Zinsen eine Kapitalertragssteuer (Quellensteuer) einzuhalten, sofern diese Zinsen an wirtschaftlich berechnete natürliche Personen gezahlt werden, die entweder in Luxemburg oder in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union steuerlich ansässig sind.

Schließlich muss bewusst sein, dass eine SPF bei der Gewinnverwendung im Rahmen von Transaktionen angesichts ihrer Steuerbefreiungen nicht von Doppelbesteuerungsabkommen Gebrauch machen kann.

* Sabine Ebert, Kanzlei Wildgen & Partner